

Warum Familienunternehmen mit dem Koalitionsvertrag hadern, erklärt **Brun-Hagen Hennerkes**.

Stillstand ist Rückschritt



Stiftung Familienunternehmen/Thomas Klink [M]

Deutschlands Wirtschaft läuft nach wie vor rund. Einen entscheidenden Beitrag hierzu leisten die Familienunternehmen. Ihre Bedeutung spiegelt sich im vorliegenden Koalitionsvertrag leider weder im Wortlaut noch im Inhalt wider. Im Gegenteil: Auf den 177 Seiten des Vertrages ist viel vom Erfolg des Wirtschaftsmodells Deutschland und vom Ausgeben seiner Früchte die Rede, nur wenig wird aber dazu gesagt, wie die Basis unseres Wohlstandes künftig gesichert werden kann. Während die Regierungen anderer Volkswirtschaften eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen durch verbesserte Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen auf den Weg bringen und Steuern reduzieren, dominiert im Koalitionsvertrag das Streben nach staatlicher Fürsorge und weiterer Umverteilung.

In Deutschland geht es gerecht und ausgewogen zu, ist meine These. Liest man aber den Koalitionsvertrag, so scheint dieser eine Gerechtigkeitslücke schlicht zu unterstellen. Der Solidaritätszuschlag soll für alle Kapitalgesellschaften und für Personenunternehmen oberhalb einer Freigrenze von 50 000 Euro in Gänze beibehalten werden. Damit wird diese steuerliche Sonderbelastung dauerhaft fortgeschrieben. Zu einer Reform des Unternehmensteuerrechts, bei dem Deutschland mit 30 Prozent effektivem Steuersatz im europäischen Vergleich schlecht abschneidet, findet sich im Vertrag nichts. Für die Familienunternehmen wichtige Themen haben keinen Eingang in die Endfassung gefunden: In Zeiten internationaler werdender Unternehmer-

familien wäre eine pragmatische Modernisierung der Wegzugsbesteuerung dringend erforderlich.

Einzig die Bekämpfung von Steuerbetrug und mehr Transparenz werden als Programmpunkte angekündigt. Letzteres schadet gerade den großen deutschen Familienunternehmen im Wettbewerb. Sie sollen zudem noch von der vereinbarten Einführung der steuerlichen Forschungsförderung ausgeschlossen werden, obwohl sie im internationalen Wettbewerb mit Unternehmen aus Ländern stehen, in denen die Forschungsförderung auch für große Unternehmen greift.

Offensichtlich vertrauen die Autoren darauf, dass die deutschen Familienunternehmen auch in Zukunft unabhängig von den hiesigen Rahmenbedingungen international erfolgreich bleiben. Das aber ist ein gefährlicher Trugschluss. Denn die Welt der Ökonomie verändert sich rasant. Dies gilt zum einen für die Einzelmärkte: Man denke nur an das Megathema Digitalisierung. Aber auch die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen der großen Industrienationen befinden sich in einem fundamentalen Wandel.

Für Familienunternehmen gehörten Handeln, Erfolg und Haftung seit jeher zusammen. Dieser Grundsatz, der auch auf Staaten transferierbar sein sollte, wird seit Jahren in der europäischen Politik vernachlässigt. Der Koalitionsvertrag lässt einen stärkeren Fokus auf eine Politik der Umverteilung nicht nur auf der nationalen, sondern künftig auch auf der europäischen Ebene erahnen. Die Union verzichtet auf das Finanzministerium. Nur über die Kanzlerin wird sie auf die europäische Finanzpolitik Einfluss nehmen können. Es ist aber der Finanzminister, der nicht nur

als Primus inter Pares am Kabinetttisch Herr über den nationalen Haushalt ist. Er ist es auch, der auf der europäischen und internationalen Ebene heute die finanz- und haushaltspolitischen Themen verhandelt und die weitere Entwicklung in der Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich mitgestaltet.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder der Garantien unserer volkswirtschaftlichen Stärke bewusst werden: Starke Familienunternehmen sichern dauerhaft unseren Wohlstand. Diese Erkenntnis sollten sich auch diejenigen in Union und SPD zu Herzen nehmen, die über diese Koalition und damit die Politik der nächsten Jahre für unser Land entscheiden. In der Union wundern sich schon einige über den hohen Preis, den sie für einen Koalitionspartner mit einem Wahlergebnis von rund 20 Prozent zahlen.

Die völlig überproportionalen Verhandlungserfolge konnte die SPD-Führung nicht trotz, sondern wegen ihres beklagenswerten Zustands mit dem steten Verweis auf die Wünsche ihrer Basis erzwingen. Setzt man diesen Preis ins Verhältnis zu den fallenden Umfragewerten der SPD von aktuell rund 16 Prozent, wird durch die Dominanz der Minderheit über die Mehrheit das demokratische Grundprinzip auf den Kopf gestellt. Die Delegierten zum CDU-Parteitag dürften sich daher die Frage stellen, ob vor diesem Hintergrund die Szenarien Minderheitsregierung und Neuwahlen tatsächlich ihren Schrecken behalten.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Familienunternehmen. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

„
Zur Reform
des Unter-
nehmen-
steuerrechts,
bei dem
Deutschland
mit 30 Prozent
effektivem
Steuersatz im
europäischen
Vergleich
schlecht
abschneidet,
findet sich im
Vertrag nichts.“